

Zugblatt für Politik.
Unterhaltung, Geschäftsteile,
Scherheit, Humoristik.
Preisgebühr vierstündig 20.-25.-
durch die Zeit W. 2.- Mindestens
v. Kabinettbüro Marziger, 20.9.-21.
Montags bis 12 Uhr. Am Freitag:
Or. 10 Uhr. p. nur am Sonntags
umgekehrt & Güter zu 10... im Monat
abends über und Sonnabend ab 10 Uhr
Unterhaltung, Geschäftsteile, etc.
Bild. Aufnahmen aus der Presse
etc. Sehr zu 10 Uhr. Eine Garantie
für die rechtliche Anerkennung der
Ausgaben wird nicht gegeben. Aus-
kunfts-Kabinettbüro zur Sicherung
der Rechte ausdrücklich gegen
Verhandlungen durch Unternehmer
oder Kunden. Einzelne Kästen
oder Kunden keine Verbindlichkeit.
Gebühren entgangen keinen ausschließ-
lichen Verbindlichkeiten an.
Bemerkung Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

37. Jahrgang.
Ausl. 54,000 Stück.

Mollige Schlafröcke v. 12 M. an
beim Schlafröck-Meyer, Frauenstr. 8 u. 10.

Dresden, 1892.

Costümfabrik
Max Jacobi

Dresden-A.

Galeriestrasse 26

Telephon 380

Liefert Costüme aller
Nationen u. Zeiten nach
historischen Mustern
lebhaft und hübsch.

Effectuierung
nach ausswärts prompt.

Carl Heinsius, Dresden-N., Tieckstr. 27



MATTONI'S
GIESSHÜBLER
SAUERBRUNN

Hauptniederlagen in Dresden.
MOHRENAPOTHEKE,
Fritzsche Platz,
WEIS & HENKE,
Schlossstrasse 11,
KRONENAPOTHEKE,
Dresden

SHANNON-
REGISTRATOR

der kostet Apparat min. Aufstellung von Dresden nach Schaffhausen 100,-
Kost. In Deutschland ca. 220,- Apparate von Schaffhausen. Zu haben in allen
Schreibwarenhändlern. Abholung vor Ort. Tel. 210. 211. 212. 213.

Carl Wendschuch Königl. Sächs. Hoffliegerant Bandagist, Orthopäd u. Fabrikant Trompeterstr. 8 Telefon
91r. 21. Spiegel: Europäisches Culturbild, Erzbischof v. Stadtmusik, auf Gladourne Hornschlägen, Vanda Verhandlungen, Belebung Tageszeitung.

Politik. bearbeitet von Dr. Paul Simon in Dresden.

Oftwohl eigentliche Gefahren für die Ruhe unter dem Gedanken augenblicklich nirgends bestehen, ist die Stimmung im Allgemeinen doch vielfach so recht gemüthlich. Im Frankenland beispielsweise erlebt man das eigenartige Schauspiel, daß ein Abgeordneter und ein Minister sich vor den Tribünen des Reichstages mit Schlägen regieren, während die Kammer zu diesem Satzspiel nicht bloss den Chorus bildet, sondern in weiteren Beigaben ihr Einverständnis mit dem neuen Höflichkeitssabotage fundt giebt. In Ungarn, wo die Wahlkampagne in vollster Blüthe steht, drängeln sich Unabhängige und Liberale mit gleicher Geschicklichkeit, nur das hier, den seinen Kulturzonen entsprechend, das Messer die Rolle der schwarzen Hand übernimmt, und daß schon eine ganze Anzahl von Schlägereien das Feld bedecken. Aus England dringen die bekannten unheimlichen Gesichte über die Verhaftung von Römischen, Unterminierung von Eisenbahnen und Anlegung unerträlicher Säume, dringen Mitteilungen über die durch die Hungersnot gezeichnete Verzweiflung von Bauer, die zu Blutbataillen und Gewalt schreiten, und selbst aus Polen wissen allerlei Berichte von Tod und Brand und ähnlichen Schändlichkeiten zu melden, die sich als nothwendige Folge der allzudichten Anhäufung von Truppen in den Grenzbezirken darstellen. Das sind in ungefähr die Striche zu einem Kulturbild Europa's, das vielleicht einmal der Geschichtsschreiber zeichnet. Will er das Gemüde verwallen, so wird er der Aufregung gedienten müssen, welche am Rhein das eigenartige Vorgehen der Antizipationsbehörden im Kantener Nordprojekt und die Freilassung der des Knabenmordes beschuldigten Schächerjägerin Buchhoff erzeugt, er wird einen Blick nach Berlin zu werben haben, wo der Prozeß Prager gegen die jüdischen Gelehrten, Frau Prager und Herrn Schwab, ein Bild unglaublicher Arroganz und Entlehnlosigkeit liefert, und wenn er schließlich sich die Frage vorlegt, welches von diesen Vorgängen denn wohl den Gipelpunkt der modernen „Kultur“ bediene, so wird er nicht umhin können, mit dem Finger auf das edle Gedächtnispaar zu weisen, das, in holdem Mitleidenschaft verbunden, den Hatten und Schwanger in seinem Schlafzimmer überfällt, um die Dokumente zu rauben, die den Gedächtnis der beiden Frau erwecken. Und auch der Schöpfer unserer Zeit auch hier wieder den altherühmlichen Gipfel seiner Gestaltung, die leider im Schein der Abenddämmer Zaubertüpfel ihr Haupt erhebt, so darf er ihn in dem hundertjährigen Briefe entdecken, welchen der Wörter mit den Werten schließt: „Bald werde ich für meine unglückliche That vor dem himmlischen Richter stehen. Da Ich teils hoff ich Gott alle widerzusagen, denn es giebt ein Jesu.“ Man versteht den Widerstand des Gedächtnisses, wenn er nach Bekämpfung dieses „Abdiesbriefes“ ausruft: „Es muß einem Widerwillen überkommen, wenn man sieht, wie Sie angeblich des Leides Gott zum Zeugen der Unwahrheit anrufen. Die That zeugt von einer ganz ungemeinlichen moralischen Verkommenheit.“ Wenn der Fall Heine ein Licht in die dunklen Höhlen des Glendale werft, so beleuchtet der Prozeß Prager die Sittenzustände jenes Theiles der „besiegen“ Gesellschaft Berlins, dem das deutsche und christliche Sittlichkeitsbewußtsein fremd geblieben oder irreversibel geworden ist, und der sich mit jener lästernen Moral vollgesogen hat, derer wegen die „Art. 18“ soeben festgestellt wurde. Eine Schreckenshöhle, begangen im Name der Leidenschaft, mag wohl nachsichtige Süchtige finden; wo sie aber vollbracht wird in kalter Überlegung, wo sie nur den Schluß einer langen Reihe sinnlicher Auszweigungen bildet, da schwächt die menschliche Sympathie, und die volle Betrachtung kommt zu ihrem Recht.

Eine ganz merkwürdige Illustration erhält die Erinnerung und die Belehrung jener Thorner Rede, welche den Anlaß zu seiner Erhöhung gebildet hat. Bekanntlich hat Herr v. Capri im Reichstag geäußert: „Der Mann habe eine Riede gehabt, die so preußisch und preußisch-patriotisch war, als wir es überhaupt von den Bewohnern polnischen Landes in der Provinz Polen erwartet hätten“. Jene Thorner Rede in ihren Hauptzügen allgemein zugänglich zu machen, dieses Verdienst hat sich ein nationalliberaler Berliner Platz erworben. Es heißt in dem Bericht: „Der Redner, welcher erschienen war, ein Schützengau des dreitägigen Verhandlungen der polnischen Katholiken zu geben, bezichtete in der Einleitung seiner Rede als „unwissen“ Erbe des Bismarck'schen Regimes den Sozialismus“, er erklärte ferner, es sei nothwendig, daß der Geistlichkeit die Aussicht über die Schule wiedergegeben werde, und damit die Erziehung wahrhaft religiös sei, müsse sie sich an die Muttersprache stützen, daher müsse auch der polnische Sprachunterricht für polnische Kinder wieder eingeschafft werden. Die besten Bündesgenossen seien die geistlichen Ordens, deren Wiederkehr daher zu verlangen sei. Der Redner jagte also dann weiter: „Die Herrschaft Bismarck's hat ihr Ende erreicht. Was sie für die Welt war, zeigt die Geschichte der Gegenwart. Was sie für Polen war, das haben wir an uns selbst erfahren. Welche Wehr ist für den Monarchen werden könnte, daß erneut die „Hamburger Nachrichten“. Der Redner schloß also mit den Worten: „Nun und unverwendlich erschien die Polen, daß sie für sein Versprechen von Land das Erbe der Väter, ihre nationalen Schätze, vertrauen, daß sie als neue Unterthanen die Bedingungen ihrer nationalen Existenz als Polen im Preußischen Staate verlangen werden.“ Die Ausformstellung jener Äußerung des Herrn v. Capri und der mit ihr zusammenhängenden Thaten mit der von ihm gerührten Sprache des Herrn von Stablerski redet also in deutliche Sprache über die jetzt in Preußen bestehende

Ausschaffung von Patriotismus, daß es kaum nötig ist, folgende Ausführung der nationalliberalen „Viel. Wörter“ zu geben: „Herr von Stablerski bat mit grotem diplomatischen Geschick gewissen Stimmungen in höchsten Kreisen Rechnung getragen. Auch diese Waffe findet sich seit Jahrtausenden in der Rüstkammer der ecclesia militans. Wenn aber der Sozialismus ein trauriges Erbe des Bismarck'schen Regimes (!) genannt werden darf, wenn unter dem Beifall des Reichskanzlers im neu aufgerichteten Deutschen Reich gezeigt werden darf, daß die Geschichte der Gegenwart zeigt, was die Bismarck'sche Herrschaft (!) für die Welt war, dann ist's Zeit, das Haupt in Tasche und Achse zu hüllen, denn dann wird ein Moment im Kampf der Geister zu Tage gefördert, das wir überwunden zu haben glauben und das wir mit einem parlamentarischen Wort nicht bezeichnen, aus Angst vor dem geläufig gesunden und denfsähigen Theil der deutschen Bevölkerung nicht einmal anreden können“. Wir uniceps enthalten uns jeden Kommentars.

Sollte sich irgend Jemand an der Erbe der beunruhigenden Ausschaffung hingegangen haben, daß der „Holl. Chadoune“ die Welt in Brand legen werde, so wird er jetzt wieder ruhig schlafen können. Dieser „Sal“ ist erlebt. Wie noch erinnerlich sein dürfte, hatte die bulgarische Regierung den Journalisten Chadoune ausgewiesen, weil er ältere Torsionenabschriften verbreitete; der bulgarische Reichsstrateg hatte hingegen protestiert und als das nichts half, die diplomatischen Beziehungen abgebrochen. Daß eine große Auflistung in Paris, wo man den Namen einen großen Erfolg gehabt hat, die beiden vermeintlichen Volkskämpfen und das mit einem parlamentarischen Wort nicht bezeichnen, aus Angst vor dem geläufig gesunden und denfsähigen Theil der deutschen Bevölkerung nicht einmal anreden können“.

Wir uniceps enthalten uns jeden Kommentars.

Bernhard- und Bernhard-Verträge vom 20. Januar.

Berlin. Reichstag. Der Präsident wird ernannt, Dr. St. 20., dem Kaiser zu dessen Geburtstag. Die Oldenburger des Hauses zu übermitteln. — Abg. Siegle ist bestimmt keinen Antrag auf Herabsetzung einer nationalen Ausnahme über die Lage der arbeitenden Klassen — Abg. Wissner ist, erläutert die Zustimmung seiner Freunde zu dem Antrage, nämlich mit einer Statistik der Landesidentitäten, werden sie sich nicht einverstanden erklären. Sehr erwähnenswert wäre eine Statistik über die Behandlung der arbeitenden Klassen und die Entwicklung der Industrie auf diese Behandlung. Offiziell werden in der nemtisch im Rahmen gesetzten Kommission im Arbeitsamt endlich Sozialdemokratie vertreten sein. — Abg. Schröder (rech.) nimmt den Antrag in der Beschlusseröffnung in das ihm eine damalige Statistik beigegeben ist. Der Antrag wird vornehmlich die Einschränkung der Wahl auf alle Fälle zu schaffen. Der Antrag ist nicht neu. Man habe früher schlechte Wahlen darüber gemacht, aber damit nur Unzufriedenheit der sozialdemokratischen Partei bewiesen, denn aus den Bedingungen der Wahlprüfungskommission erachte sich die Rothwenoigkeit, für eine größere Sicherung des Wahlgeheimnisses zu sorgen, um die vorgelegte Einrichung bestehen bereits anderweitig. Der Antrag enthält insofern gegen früher eine Erweiterung, als er verlangt, daß die Wahlbereite mindestens 400 Einwohner umfassen müssten. Die Lippstädter Kritik, wie sie heute bestanden, machen das geheime Wahlrecht unnötig. Vorderhand scheint es ein Theil der Behörden nicht so eins mit der Aufrechterhaltung der Vertraulichkeit zu nehmen, wie es der Reichstag im Interesse seiner Würde möchten möchte. — Abg. v. Steinthal (link.): Seine Freunde meinten es eben so nicht ganz souffizient zu behandeln, da man den Vertretern Anteilssitz von der Abstimmung vorher hätte Kenntnis geben sollen, so überreichten eine entsprechende Note. Anteilssitz steht in reiner Wörde gewählt und freilich und Freiheit steht sich ebenfalls die Wände. Das europäische Gemeinschaftsrecht in geistig und die Friedensfaule kann wieder beruhigt ihr Leibblatt im Schnabel halten.

Bernhard- und Bernhard-Verträge vom 20. Januar.

Berlin. Reichstag. Der Präsident wird ernannt, Dr. St. 20., dem Kaiser zu dessen Geburtstag. Die Oldenburger des Hauses zu übermitteln. — Abg. Siegle ist bestimmt keinen Antrag auf Herabsetzung einer nationalen Ausnahme über die Lage der arbeitenden Klassen — Abg. Wissner ist, erläutert die Zustimmung seiner Freunde zu dem Antrage, nämlich mit einer Statistik der Landesidentitäten, werden sie sich nicht einverstanden erklären. Sehr erwähnenswert wäre eine Statistik über die Behandlung der arbeitenden Klassen und die Entwicklung der Industrie auf diese Behandlung. Offiziell werden in der nemtisch im Rahmen gesetzten Kommission im Arbeitsamt endlich Sozialdemokratie vertreten sein. — Abg. Schröder (rech.) nimmt den Antrag in der Beschlusseröffnung in das ihm eine damalige Statistik beigegeben ist. Der Antrag wird vornehmlich die Einschränkung der Wahl auf alle Fälle zu schaffen. Der Antrag ist nicht neu. Man habe früher schlechte Wahlen darüber gemacht, aber damit nur Unzufriedenheit der sozialdemokratischen Partei bewiesen, denn aus den Bedingungen der Wahlprüfungskommission erachte sich die Rothwenoigkeit, für eine größere Sicherung des Wahlgeheimnisses zu sorgen, um die vorgelegte Einrichung bestehen bereits anderweitig. Der Antrag enthält insofern gegen früher eine Erweiterung, als er verlangt, daß die Wahlbereite mindestens 400 Einwohner umfassen müssten. Die Lippstädter Kritik, wie sie heute bestanden, machen das geheime Wahlrecht unnötig. Vorderhand scheint es ein Theil der Behörden nicht so eins mit der Aufrechterhaltung der Vertraulichkeit zu nehmen, wie es der Reichstag im Interesse seiner Würde möchten möchte. — Abg. v. Steinthal (link.): Seine Freunde meinten es eben so nicht ganz souffizient zu behandeln, da man den Vertretern Anteilssitz von der Abstimmung vorher hätte Kenntnis geben sollen, so überreichten eine entsprechende Note. Anteilssitz steht in reiner Wörde gewählt und freilich und Freiheit steht sich ebenfalls die Wände. Das europäische Gemeinschaftsrecht in geistig und die Friedensfaule kann wieder beruhigt ihr Leibblatt im Schnabel halten.

Bernhard- und Bernhard-Verträge vom 20. Januar.

Berlin. Reichstag. Der Präsident wird ernannt, Dr. St. 20., dem Kaiser zu dessen Geburtstag. Die Oldenburger des Hauses zu übermitteln. — Abg. Siegle ist bestimmt keinen Antrag auf Herabsetzung einer nationalen Ausnahme über die Lage der arbeitenden Klassen — Abg. Wissner ist, erläutert die Zustimmung seiner Freunde zu dem Antrage, nämlich mit einer Statistik der Landesidentitäten, werden sie sich nicht einverstanden erklären. Sehr erwähnenswert wäre eine Statistik über die Behandlung der arbeitenden Klassen und die Entwicklung der Industrie auf diese Behandlung. Offiziell werden in der nemtisch im Rahmen gesetzten Kommission im Arbeitsamt endlich Sozialdemokratie vertreten sein. — Abg. Schröder (rech.) nimmt den Antrag in der Beschlusseröffnung in das ihm eine damalige Statistik beigegeben ist. Der Antrag wird vornehmlich die Einschränkung der Wahl auf alle Fälle zu schaffen. Der Antrag ist nicht neu. Man habe früher schlechte Wahlen darüber gemacht, aber damit nur Unzufriedenheit der sozialdemokratischen Partei bewiesen, denn aus den Bedingungen der Wahlprüfungskommission erachte sich die Rothwenoigkeit, für eine größere Sicherung des Wahlgeheimnisses zu sorgen, um die vorgelegte Einrichung bestehen bereits anderweitig. Der Antrag enthält insofern gegen früher eine Erweiterung, als er verlangt, daß die Wahlbereite mindestens 400 Einwohner umfassen müssten. Die Lippstädter Kritik, wie sie heute bestanden, machen das geheime Wahlrecht unnötig. Vorderhand scheint es ein Theil der Behörden nicht so eins mit der Aufrechterhaltung der Vertraulichkeit zu nehmen, wie es der Reichstag im Interesse seiner Würde möchten möchte. — Abg. v. Steinthal (link.): Seine Freunde meinten es eben so nicht ganz souffizient zu behandeln, da man den Vertretern Anteilssitz von der Abstimmung vorher hätte Kenntnis geben sollen, so überreichten eine entsprechende Note. Anteilssitz steht in reiner Wörde gewählt und freilich und Freiheit steht sich ebenfalls die Wände. Das europäische Gemeinschaftsrecht in geistig und die Friedensfaule kann wieder beruhigt ihr Leibblatt im Schnabel halten.

Bernhard- und Bernhard-Verträge vom 20. Januar.

Berlin. Reichstag. Der Präsident wird ernannt, Dr. St. 20., dem Kaiser zu dessen Geburtstag. Die Oldenburger des Hauses zu übermitteln. — Abg. Siegle ist bestimmt keinen Antrag auf Herabsetzung einer nationalen Ausnahme über die Lage der arbeitenden Klassen — Abg. Wissner ist, erläutert die Zustimmung seiner Freunde zu dem Antrage, nämlich mit einer Statistik der Landesidentitäten, werden sie sich nicht einverstanden erklären. Sehr erwähnenswert wäre eine Statistik über die Behandlung der arbeitenden Klassen und die Entwicklung der Industrie auf diese Behandlung. Offiziell werden in der nemtisch im Rahmen gesetzten Kommission im Arbeitsamt endlich Sozialdemokratie vertreten sein. — Abg. Schröder (rech.) nimmt den Antrag in der Beschlusseröffnung in das ihm eine damalige Statistik beigegeben ist. Der Antrag wird vornehmlich die Einschränkung der Wahl auf alle Fälle zu schaffen. Der Antrag ist nicht neu. Man habe früher schlechte Wahlen darüber gemacht, aber damit nur Unzufriedenheit der sozialdemokratischen Partei bewiesen, denn aus den Bedingungen der Wahlprüfungskommission erachte sich die Rothwenoigkeit, für eine größere Sicherung des Wahlgeheimnisses zu sorgen, um die vorgelegte Einrichung bestehen bereits anderweitig. Der Antrag enthält insofern gegen früher eine Erweiterung, als er verlangt, daß die Wahlbereite mindestens 400 Einwohner umfassen müssten. Die Lippstädter Kritik, wie sie heute bestanden, machen das geheime Wahlrecht unnötig. Vorderhand scheint es ein Theil der Behörden nicht so eins mit der Aufrechterhaltung der Vertraulichkeit zu nehmen, wie es der Reichstag im Interesse seiner Würde möchten möchten. — Abg. v. Steinthal (link.): Seine Freunde meinten es eben so nicht ganz souffizient zu behandeln, da man den Vertretern Anteilssitz von der Abstimmung vorher hätte Kenntnis geben sollen, so überreichten eine entsprechende Note. Anteilssitz steht in reiner Wörde gewählt und freilich und Freiheit steht sich ebenfalls die Wände. Das europäische Gemeinschaftsrecht in geistig und die Friedensfaule kann wieder beruhigt ihr Leibblatt im Schnabel halten.

Bernhard- und Bernhard-Verträge vom 20. Januar.

Berlin. Reichstag. Der Präsident wird ernannt, Dr. St. 20., dem Kaiser zu dessen Geburtstag. Die Oldenburger des Hauses zu übermitteln. — Abg. Siegle ist bestimmt keinen Antrag auf Herabsetzung einer nationalen Ausnahme über die Lage der arbeitenden Klassen — Abg. Wissner ist, erläutert die Zustimmung seiner Freunde zu dem Antrage, nämlich mit einer Statistik der Landesidentitäten, werden sie sich nicht einverstanden erklären. Sehr erwähnenswert wäre eine Statistik über die Behandlung der arbeitenden Klassen und die Entwicklung der Industrie auf diese Behandlung. Offiziell werden in der nemtisch im Rahmen gesetzten Kommission im Arbeitsamt endlich Sozialdemokratie vertreten sein. — Abg. Schröder (rech.) nimmt den Antrag in der Beschlusseröffnung in das ihm eine damalige Statistik beigegeben ist. Der Antrag wird vornehmlich die Einschränkung der Wahl auf alle Fälle zu schaffen. Der Antrag ist nicht neu. Man habe früher schlechte Wahlen darüber gemacht, aber damit nur Unzufriedenheit der sozialdemokratischen Partei bewiesen, denn aus den Bedingungen der Wahlprüfungskommission erachte sich die Rothwenoigkeit, für eine größere Sicherung des Wahlgeheimnisses zu sorgen, um die vorgelegte Einrichung bestehen bereits anderweitig. Der Antrag enthält insofern gegen früher eine Erweiterung, als er verlangt, daß die Wahlbereite mindestens 400 Einwohner umfassen müssten. Die Lippstädter Kritik, wie sie heute bestanden, machen das geheime Wahlrecht unnötig. Vorderhand scheint es ein Theil der Behörden nicht so eins mit der Aufrechterhaltung der Vertraulichkeit zu nehmen, wie es der Reichstag im Interesse seiner Würde möchten möchten. — Abg. v. Steinthal (link.): Seine Freunde meinten es eben so nicht ganz souffizient zu behandeln, da man den Vertretern Anteilssitz von der Abstimmung vorher hätte Kenntnis geben sollen, so überreichten eine entsprechende Note. Anteilssitz steht in reiner Wörde gewählt und freilich und Freiheit steht sich ebenfalls die Wände. Das europäische Gemeinschaftsrecht in geistig und die Friedensfaule kann wieder beruhigt ihr Leibblatt im Schnabel halten.

Bernhard- und Bernhard-Verträge vom 20. Januar.

Berlin. Reichstag. Der Präsident wird ernannt, Dr. St. 20., dem Kaiser zu dessen Geburtstag. Die Oldenburger des Hauses zu übermitteln. — Abg. Siegle ist bestimmt keinen Antrag auf Herabsetzung einer nationalen Ausnahme über die Lage der arbeitenden Klassen — Abg. Wissner ist, erläutert die Zustimmung seiner Freunde zu dem Antrage, nämlich mit einer Statistik der Landesidentitäten, werden sie sich nicht einverstanden erklären. Sehr erwähnenswert wäre eine Statistik über die Behandlung der arbeitenden Klassen und die Entwicklung der Industrie auf diese Behandlung. Offiziell werden in der nemtisch im Rahmen gesetzten Kommission im Arbeitsamt endlich Sozialdemokratie vertreten sein. — Abg. Schröder (rech.) nimmt den Antrag in der Beschlusseröffnung in das ihm eine damalige Statistik beigegeben ist. Der Antrag wird vornehmlich die Einschränkung der Wahl auf alle Fälle zu schaffen. Der Antrag ist nicht neu. Man habe früher schlechte Wahlen darüber gemacht, aber damit nur Unzufriedenheit der sozialdemokratischen Partei bewiesen, denn aus den Bedingungen der Wahlprüfungskommission erachte sich die Rothwenoigkeit, für eine größere Sicherung des Wahlgeheimnisses zu sorgen, um die vorgelegte Einrichung bestehen bereits anderweitig. Der Antrag enthält insofern gegen früher eine Erweiterung, als er verlangt, daß die Wahlbereite mindestens 400 Einwohner umfassen müssten. Die Lippstädter Kritik, wie sie heute bestanden, machen das geheime Wahlrecht unnötig. Vorderhand scheint es ein Theil der Behörden nicht so eins mit der Aufrechterhaltung der Vertraulichkeit zu nehmen, wie es der Reichstag im Interesse seiner Würde möchten möchten. — Abg. v. Steinthal (link.): Seine Freunde meinten es eben so nicht ganz souffizient zu behandeln, da man den Vertretern Anteilssitz von der Abstimmung vorher hätte Kenntnis geben sollen, so überreichten eine entsprechende Note. Anteilssitz steht in reiner Wörde gewählt und freilich und Freiheit steht sich ebenfalls die Wände. Das europäische Gemeinschaftsrecht in geistig und die Friedensfaule kann wieder beruhigt ihr Leibblatt im Schnabel halten.

Bernhard- und Bernhard-Verträge vom 20. Januar